

Solothurn, 1. Februar 2017

Volkswirtschaftsdepartement  
Amt für Militär und Bevölkerungsschutz  
Hauptgasse 70  
4509 Solothurn

## **Vernehmlassung zum Gesetz über die Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen (GBL)**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Vernehmlassung des Gesetzes über die Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen (GBL) eine Stellungnahme einreichen zu dürfen.

Wir begrüssen das vorgeschlagene neue Gesetz und die damit verbundene Aufhebung des bisherigen Gesetzes über Massnahmen für den Fall von Katastrophen und kriegerischen Ereignissen (Katastrophengesetz). Namentlich unterstützen wir die Verankerung der in der Praxis offenbar bereits etablierten und bewährten Führungsstrukturen in diesem neuen Gesetz. Als vorteilhaft erachten wir dabei insbesondere, dass neu die vom Bund und anderen Kantonen verwendeten Begriffe "besondere Lage" und "ausserordentliche Lage" verwendet werden sollen. Die Vorteile der Verwendung einer "gemeinsamen Sprache" und gleichen Begrifflichkeiten in besonderen oder ausserordentlichen Lage sind nicht zu unterschätzen und tragen zur Vereinfachung einer Ereignisbewältigung bei. Das Gesetz setzt günstige Voraussetzungen für die Bewältigung von Ereignissen und regelt die dabei erforderlichen Massnahmen.

Aufgefallen sind uns in der Vernehmlassungsvorlage die Ausführungen, wonach eine Bedrohung der Schweiz durch bewaffnete Konflikte in der Realität nicht mehr im Vordergrund stehen soll. Gewiss ist eine militärische Bedrohung der Schweiz derzeit nicht absehbar. Angesichts der zahlreichen militärischen Konflikte in der Welt und in nächster Nachbarschaft zu Europa darf aber das Szenario eines bewaffneten Konflikts oder dessen Auswirkungen auf die Schweiz und den Kanton Solothurn nicht ausgeblendet werden, sondern ist in die Planung mit einzubeziehen.

Abschliessend möchten wir noch auf einen Tippfehler in der Überschrift zu § 19 "Kostentragung durch Verursacher" hinweisen. Wir haben zum heutigen Zeitpunkt keine Einwendungen gegen die vorgesehenen Änderungen und danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn**

Der Präsident

sig. Christian Scheuermeyer

Der Präsident der Arbeitsgruppe Staatspolitik

sig. Michael Schwaller